



**Liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger,
aus Bramfeld, Farmsen, Berne und Steilshoop,**

der menschenverachtende Angriffs- und Vernichtungskrieg Russlands in der Ukraine geht in die achte Woche und ein Ende dieses Wahnsinns ist nicht abzusehen. Nach dem Abzug russischer Truppen aus dem Norden der Ukraine, rund um Kiew, deutet vieles auf schwerste Kriegsverbrechen gegen die Zivilbevölkerung durch die russischen Invasionstruppen hin. Vieles deutet darauf hin, dass diese Invasion Russlands und die Kampfhandlungen noch lange andauern werden.

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, daher sollten wir auch weiterhin solidarisch an der Seite der ukrainischen Bevölkerung stehen und alles tun um zu helfen.

Die Hilfsbereitschaft der Hamburgerinnen und Hamburger ist weiterhin überwältigend und auch die die Stadt unterstützt die Geflüchteten aus der Ukraine, die auf der Flucht vor Krieg und Gewalt zu uns kommen. In Hamburg versuchen wir eine gute Versorgung und Unterstützung zu gewährleisten sowie die Frauen und Kinder zu integrieren. Mittlerweile unterstützt der Bund die Länder und Kommunen auch finanziell. Als Anlage zu meinem Newsletter sende ich Ihnen eine konkrete Möglichkeit bei uns in der Nachbarschaft, um den Menschen vor Ort in der Ukraine Hilfe zukommen zu lassen.

Liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger, in meinem aktuellen Newsletter möchte ich Sie über die politischen Themen der Stadt und im Wahlkreis informieren. Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien, trotz der aktuellen Situation, ein frohes und hoffentlich friedvolles Osterfest.

Ihr Wahlkreisabgeordneter

Aktuelles auch immer auf meiner Webseite: www.pochnicht.de

Wahlkreisbüro

Bramfelder Chaussee 312
22177 Hamburg
Tel. (040) 63 91 76 80
Fax (040) 63 91 76 81
Mobil (0179) 122 71 54
buero@pochnicht.de

www.pochnicht.de



Themen dieser Ausgabe:

- Die Stadtteile im Wahlkreis sind sicherer geworden
- Fahrradmitnahme im hvv erleichtern
- Eine Million für die Schwimmförderung von Kindern
- Hamburgs 1. Klassen im neuen Schuljahr mit Aufnahmerecord
- Medizinische Versorgung vor Ort verbessern
- Mehr Komfort bei der S-Bahn
- Eingewöhnungsphase in der Kita wird auf bis zu sechs Wochen verlängert

Die Stadtteile im Wahlkreis sind sicherer geworden



In der letzten Ausgabe meines Newsletters hatte ich über die Entwicklung der Kriminalität in Hamburg berichtet. Anfang April hat die Hamburger Polizei nun auch den Stadtteilatlas 2021 zur Polizeilichen Kriminalstatistik vorgestellt und die Entwicklung für Bramfeld, Farmsen-Berne und Steilshoop sieht sehr gut aus. Insgesamt ist die Zahl der Straftaten in Bramfeld um 16,6 Prozent, in Farmsen-Berne um rund 18 Prozent und im Stadtteil Steilshoop sogar um 19,9 Prozent gesunken. Damit stehen alle Stadtteile in unserem Wahlkreis im Wandsbeker Vergleich deutlich besser als der Durchschnitt da (Rückgang im Bezirk bei 14 Prozent). In der Gewaltkriminalität verzeichnete Bramfeld einen Rückgang um 23,6 Prozent (./. 30 Fälle), Steilshoop um 18,2 Prozent oder 14 Fälle und Farmsen-Berne um lediglich 1,3 Prozent (./. 1 Fall). In allen Stadtteilen stiegen die Aufklärungsquoten auf über 80 Prozent. Im Bereich der Diebstahlsdelikte zeigt sich ein differenziertes Bild. In Bramfeld (-24,8 Prozent) und Farmsen-Berne (-31,2 Prozent) sanken die Delikte signifikant. Im

Stadtteil Steilshoop stiegen die Diebstahlsdelikte hingegen um 7,7 Prozent (+41 Fälle). Einen erheblichen Rückgang verzeichneten die Wohnungseinbrüche (Bramfeld: -23 bzw. -26,7 Prozent; Farmsen-Berne: -28 bzw. -32,2 Prozent, Steilshoop -28 bzw. -51,9 Prozent). Nur bei PKW gibt es ein leichtes Plus. Bei den KFZ-Diebstählen zeigte sich in 2021 im Wahlkreis ebenfalls ein sehr differenziertes Bild. Während in Bramfeld die KFZ-Diebstähle von 52 (2020) auf 20 (2021; -61,5 Prozent) zurückgingen, stieg die Zahl der gestohlenen KFZ in Farmsen-Berne an. Waren es 2020 24 KFZ-Diebstähle, stieg die Zahl in 2021 auf 29. In Steilshoop blieb die Zahl konstant mit 14 gestohlenen KFZ.

Die Zahl der KFZ-Aufbrüche mit Diebstahlsdelikt sank in Bramfeld (-33,8 Prozent) und in Farmsen-Berne (-36,7 Prozent). Im Stadtteil Steilshoop hingegen stiegen diese um 18,2 Prozent oder 26 Fälle.

Erfreulich sind auch die rückläufigen Zahlen bei den Fahrraddiebstählen in Farmsen-Berne (-41 Prozent; -94 Fälle) und Bramfeld (-38,8 Prozent; -62 Fälle). Leider stiegen auch diese im Stadtteil Steilshoop um 9 Fälle oder 24,3 Prozent. Die Ladenstähle haben in den Stadtteilen Bramfeld und Farmsen-Berne kräftig abgenommen (-21,9 Prozent oder -53 Fälle



bzw. -25,6 Prozent oder -56 Fälle). In Steilshoop stiegen leider auch diese, und zwar um 16,7 Prozent oder 7 Fälle. Die Taschendiebstähle sanken in allen Stadtteilen sehr stark, in Steilshoop sogar um 70,9 Prozent oder 39 Fälle. Darüber hinaus sind auch die Sachbeschädigungen im gesamten Wahlkreis zurückgegangen. Auch bei den Rauschgiftdelikten sind die Zahlen im rückläufig. Grund dafür ist, dass der Handel über den gesamten Wahlkreis um rund Zweidrittel zurückgegangen ist.

Grundsätzlich kann man feststellen, dass die erfasste Kriminalität in allen Stadtteilen des Wahlkreises zurückgegangen ist. Positiv entwickelten sich auch die Aufklärungsquoten in Farmsen-Berne und Bramfeld. In Steilshoop hingegen sank die Aufklärungsquote leider um fast 7 Prozent.

Ausführliche Zahlen, für alle Stadtteile in Hamburg, unter:

<https://www.polizei.hamburg/content/blob/16048308/331e70db3def7f432f20cab4f24a0565/data/stadtteilatlas-2021-do.pdf>

Fahrradmitnahme im hvv erleichtern



(Foto: Lars Pochnight)

Die Regierungsfractionen von SPD und Grünen wollen es den Menschen in Hamburg zukünftig einfacher machen, ihre Fahrräder im hvv mitzunehmen. Es soll sichergestellt werden, dass künftig mehr

Platz in den Bahnen und Fähren für Fahrräder bereitsteht und ein besserer Transport möglich ist, das hat die Hamburgische Bürgerschaft auf Antrag der Regierungsfractionen im April beschlossen.

Für viele Hamburgerinnen und Hamburger ist das Umsteigen im Umweltverbund zwischen Fahrrad, Bahn und Fähre Alltag. Die Regierungsfractionen wollen U- und S-Bahnfahrten nun noch besser mit dem Radverkehr verbinden und damit den Umweltverbund weiter stärken. Gestiegene Kraftstoffkosten, ein höheres Umweltbewusstsein und spürbare Folgen des Klimawandels sind neben der eigenen Gesundheit gute Gründe, das Auto öfter stehen zu lassen. Dafür soll Hamburg den Menschen das Radfahren so einfach wie möglich machen und das Radfahren besser mit dem ÖPNV kombinieren.

Dafür braucht es, neben Bike+Ride-Stellplätzen an den Haltestellen, auch die Möglichkeit, das eigene Fahrrad in den U- und S-Bahnen sowie auf den Fähren besser mitnehmen zu können. So können längere Strecken bequem mit klimafreundlichen Verkehrsmitteln zurückgelegt werden. Es ist bereits ein guter Fortschritt, dass bei den künftigen S-Bahnen größere Bereiche für Fahrräder, Rollstuhlfahrerinnen und Rollstuhlfahrer sowie Kinderwagen vorhanden sein werden und die älteren S-Bahnzüge schon in den mittleren Wagons mit Mehrzweckabteilen umgebaut worden sind.

Mit dem beschlossenen Rot-Grünen Antrag sollen nun alle Verkehrsmittel überprüft werden und dafür gesorgt werden, dass künftige Belange moderner Mobilität bei Neuanschaffungen noch besser berücksichtigt werden. Das betrifft als nächsten Schritt ganz konkret die Wagentypen der neuen U-Bahngeneration DT6, die auf der Linie U5 Steilshoop und



Bramfeld mit der Innenstadt und den Arenen verbinden wird und die perspektivisch auch auf der Linie der U1 fahren werden. Davon profitieren im Übrigen nicht nur die Radfahrenden. Größere Mehrzweckabteile helfen auch Eltern mit Kinderwagen sowie Seniorinnen und Senioren mit Gehwagen oder Menschen im Rollstuhl weiter, die zukünftig leichter Platz für ihre Mobilitätshilfe erhalten. Weiter streben die Regierungsfraktionen von Rot-Grün auch eine Überprüfung der hvv-Fahrradkarte (für die Regionalbahn) und der Sperrzeiten an. Ziel ist es, dass sich die Hamburgerinnen und Hamburger zukünftig noch bequemer, klimagerechter und einfacher fortbewegen können.

Eine Million Euro für die Schwimmförderung von Kindern



(Foto: Lars Pochnight)

Um die pandemiebedingten Lernrückstände beim Schwimmenlernen abzubauen, wird die von der Bürgerschaft initiierte Anfänger-Schwimmlernoffensive vom Senat weiter vorangetrieben. Diese sieht vor, dass jedes Kind, das Schwimmen lernen möchte, in Hamburg eine Unterstützung von 40 Euro erhält. Kinder aus Familien die Sozialleistungen empfangen, können kostenlos an Schwimmkursen teilnehmen. Mit einem gemeinsamen Antrag hatte die rot-grüne Regierungskoalition im Dezember letzten Jahres zusätzlich eine Million Euro für Anfänger-Schwimmintensivkurse bereitgestellt.

Die Förderung sieht so aus: Teilnehmende Kinder bekommen pro Kurs, den sie bei der DLRG, dem Schwimmverband und den Schwimmvereinen besuchen, 40 Euro Zuschuss. Die Stadt übernimmt zudem die vollen Kosten für die Anmietung von Wasserzeiten im Rahmen des Projekts. Die Anbieter der Kurse erhalten darüber hinaus bei Bedarf eine Kostenpauschale von 200 Euro zum Beispiel für Materialien. Weiter wird die Ausbildung von Schwimmübungsleitenden finanziert. Die gesamte Maßnahme wird durch eine öffentlichkeitswirksame Kampagne begleitet.

Derzeit wird mit über 3.000 teilnehmenden Kindern für Seepferdchen- oder Bronzekurse bis Mai gerechnet. Im Sommer kommen voraussichtlich noch einmal tausende Kinder bei Bäderland, der DLRG oder den Schwimmvereinen hinzu. Um möglichst viele Kurse anbieten zu können, wird auch die Ausbildung von Übungsleiterinnen und -leitern intensiviert und finanziert. Insgesamt sollen in 2022 durch die von Rot-Grün initiierte Schwimmlernoffensive weit über 7000 Kinder erreicht werden.

Das Bäderland Hamburg, der Hamburger Schwimmverband e. V. und der Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft Landesverband Hamburg e. V. leisten hier gute und für Kinder enorm wichtige Arbeit. Bereits 2021 konnten über 4.000 Kinder erreicht werden. Besonders hervorzuheben ist, dass Kinder aus Familien, die Sozialleistungen empfangen, durch das Programm mit der vollen Kursgebühr gefördert werden. Das politische Ziel ist klar: Jedes Kind soll die Chance bekommen, Schwimmen zu lernen. Die Corona-Pandemie darf nicht eine Generation von Nichtschwimmerinnen und Nichtschwimmern hervorbringen.



Hamburgs 1. Klassen im kommenden Schuljahr mit Aufnahmerecord



(Foto: Lars Pochnight)

Die künftigen 1. Klassen an den staatlichen Hamburger Grundschulen verzeichnen einen neuen Aufnahmerecord. 16.839 neue Erstklässlerinnen und Erstklässler, im Vorjahr 16.278, werden nach den Sommerferien eingeschult, 561 Schülerinnen und Schüler mehr als im letzten Jahr. Trotz des Schülerrekords und der in Hamburg geltenden freien Schulwahl ist es der Schulbehörde und den Schulleitungen gelungen, dass wie im Vorjahr rund 96 Prozent der über 16.800 Erstklässlerinnen und Erstklässler an ihrer Wunschschule eingeschult werden können. Auch in diesem Jahr war die Aufgabe der freien Schulwahl wieder nicht einfach umzusetzen, da die Zahl der Erstklässlerinnen und Erstklässler um rund 2.200 Kinder innerhalb der letzten fünf Jahre gestiegen ist. Das entspricht rund 100 zusätzlichen 1. Klassen an Hamburgs Grundschulen. Hamburg bietet Eltern und Kindern zahlreiche Schulen innerhalb kurzer Entfernungen zur freien Auswahl an. Von diesem Wahlrecht machen Eltern und Kinder regen Gebrauch, so dass sich an vielen Schulen immer wieder starke Veränderungen der Anmeldezahlen ergeben. So sind Schülerbewegungen im Umfang von über einer Klassenstärke keine Seltenheit. Deshalb ist es in jedem Jahr für alle Beteiligten eine große Herausforderung,

möglichst viele Schulwünsche zu erfüllen, zugleich aber das Raumangebot der Schulen sinnvoll zu nutzen.

Das ist nur möglich, weil die SPD geführten Senate der letzten Jahre den Schulbau massiv angeschoben haben. Während vor 2010 jährlich nur rund 155 Mio. Euro in den Schulbau investiert wurden, hat der Senat ab 2011 die Investitionen auf über 360 Mio. Euro mehr als verdoppelt.

Trotz steigender Einschulungen bleiben die Klassenfrequenzen in Hamburg niedrig. An den 195 staatlichen Grundschulen und 15 Grundschulabteilungen der Stadtteilschulen werden insgesamt 791 1. Klassen mit durchschnittlich 21,3 Kindern, im Vorjahr 21,0, Kindern eingerichtet. Die durchschnittliche Klassengröße der Grundschulen in sozial herausfordernder Lage liegt bei 18,5 Schülerinnen und Schülern (Vorjahr 18,3), in den übrigen Grundschulen bei 22,5 (Vorjahr 22,2).

Damit werden die gesetzlich festgelegten Klassenobergrenzen von 19 bzw. 23 Schülerinnen und Schülern eingehalten. In höchstens 50 Klassen (6,3 Prozent) könnten die Klassenobergrenzen minimal überschritten werden, um nach dem Leitsatz "kurze Beine, kurze Wege" Kindern lange Schulwege zu ersparen. Die Schulbehörde rechnet allerdings mit deutlich weniger großen Klassen, weil einzelne Schulkinder noch vom Schulbesuch zurückgestellt werden oder an Privatschulen wechseln. Umgekehrt bleiben 65 Klassen (8,2 Prozent) unter der Mindestgröße von 17 oder 21 Schülerinnen und Schülern.

Zum kommenden Schuljahr werden darüber hinaus an den Grundschulen 507 Vorschulklassen für 10.254 Kinder einge-



richtet. Das sind 20 zusätzliche Vorschulklassen und 213 zusätzliche Aufnahmen mehr als im Vorjahr.

Medizinische Versorgung vor Ort soll verbessert werden

Die Hamburgische Bürgerschaft hat auf Antrag der Regierungsfractionen von SPD und Grünen eine bessere Versorgung mit haus- und kinderärztlichen Praxen in Hamburgs Stadtteilen auf den Weg gebracht. Bereits in den vergangenen Jahren hatte sich Hamburg für eine stärkere Berücksichtigung von sozial benachteiligten Gebieten in der medizinischen Versorgung eingesetzt, bisher leider ohne großen Erfolg. Denn die haus- und kinderärztliche Versorgung liegt grundsätzlich im Verantwortungsbereich der Kassenärztlichen Vereinigung. Und auch wenn Hamburg im Hinblick auf die niedergelassenen Ärzte grundsätzlich als gut oder sogar übertversorgt gilt, sind die Praxen auf die Stadtteile doch sehr ungleich verteilt.

Gerade Bewohnerinnen und Bewohner in sozial benachteiligten Stadtteilen haben in der Vergangenheit zu Recht darauf hingewiesen, dass sie keine ausreichende haus- oder kinderärztliche Versorgung in der Nähe finden können. Dies wollen die Regierungsfractionen zukünftig ändern.

Mit dem beschlossenen Antrag soll nach dem Vorbild des Landes Berlin nun in Absprache mit der Kassenärztlichen Vereinigung und den Landesverbänden der Kranken- und Ersatzkassen ermittelt werden, ob bezogen auf die haus- und kinderärztliche Versorgung auch in Hamburg die Option einer Öffnungsklausel des Sozialgesetzbuches 5 (SGB V) ge-

nutzt werden kann, nach der bei der Arzt-sitzplanung kleinere Planungseinheiten zugrunde gelegt werden können. Auf diese Weise könnte die Dichte von Praxen in den Hamburger Stadtteilen weiter erhöht und verbessert werden. Denn wenn das Stadtgebiet kleinräumiger betrachtet wird, werden die Lücken zu einer guten und wohnortnahen Versorgung sichtbar.

Dazu sollen jetzt die Bedarfe der einzelnen Stadtteile erfasst werden. Ziel ist es, Praxisstandorte in den unterversorgten Stadtteilen zu sichern und die Ansiedlung neuer Praxen in diesen Gebieten zu unterstützen. Dieses Ziel kann die Stadt aber nur gemeinsam mit der Kassenärztlichen Vereinigung und den Krankenkassen erreichen.

S-Bahn fit machen für mehr Angebot und Qualität



(Foto: Ole Thorben Buschhüter)

Hamburg hat mit der U-Bahn der Hamburger Hochbahn und der S-Bahn der Deutschen Bahn AG zwei leistungsstarke schienengebundene Verkehrsträger, die in weiten Teilen das Stadtgebiet erschließen. Im Nordwesten kommt außerdem die AKN hinzu. Das S-Bahn-Netz hat seine letzte Erweiterung mit der Anbindung des Flughafens erhalten, zuvor war der Bau des sogenannten „City-Tunnel“ – also der Verbindung von Altona über die



Landungsbrücken mit dem Hauptbahnhof, das größte S-Bahn-Projekt. Die letzte Netz-Erweiterung der S-Bahn nach Stade erfolgte auf dem Gleiskörper der Deutschen Bahn mit neuen Triebwagen, die auch mit Hilfe der Oberleitung fahren können.

Während bei der U-Bahn mit der Hafencity-Linie U4 und dem Sprung über die Elbe ein wichtiges Projekt der Netzerweiterung erfolgreich auf den Weg und in Teilen abgeschlossen werden konnte, mit der U5 nach Bramfeld und Stellingen die Planung auf Hochtouren laufen, ist die Anpassung des S-Bahn-Netzes eher ein Stiefkind geblieben. Das hat sich geändert. Nun plant der Senat neue Großprojekte zur Erweiterung des S-Bahn-Netzes, allen voran die neue S4 von Altona über Rahlstedt nach Bad Oldesloe. Hier laufen seit einem Jahr die Baumaßnahmen und auch hier sind spürbare Verbesserungen in Sichtweite. Die rot-grüne Koalition hat in der Bürgerschaft den Senat aufgefordert, mit allen beteiligten Akteuren weitere Maßnahmen zu prüfen, die die Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit der S-Bahn erhöhen.

Dazu soll das Hamburger S-Bahn-Netz eben auch kritisch überprüft werden und auch Linienführungen verbessert werden, damit der „Hamburg-Takt“ flächendeckend ermöglicht werden kann, das Netz fahrgastfreundlicher wird und es weniger Verspätungen gibt. Dazu soll zum einen das Kreuzen der S-Bahnzüge vor dem Hauptbahnhof in den kritischen Blick genommen werden, zum anderen das Flügel der Züge der Linie 1 in Ohlsdorf (Richtung Poppenbüttel und Airport) und das Zusammen- und Auseinanderkuppeln der Züge der Linie S3 in Neugraben (Vollzug/Langzug) überprüft werden, da beide Vorgänge zu längeren Reisezeiten führen und damit eine Ursache für

Verspätungen und Fahrzeitverlängerungen darstellen.

Bis Ende dieses Jahres sollen konkrete Ideen und Konzepte zur Verbesserung in der Hamburgischen Bürgerschaft vorgestellt und diskutiert werden.

Eingewöhnungsphase in der Kita wird auf bis zu sechs Wochen verlängert

In der Eingewöhnungsphase sollen Kinder behutsam von einem Elternteil oder einer vertrauten Bezugsperson in die neue Lebenswelt der Kita begleitet werden. Und dieser Übergang von der Familie in die Kindertagesbetreuung soll für jedes Kind sensibel und individuell gestaltet werden. Bisher existiert dazu eine Eingewöhnungsphase von bis zu vier Wochen, in der das Kind von einem Elternteil oder einer vertrauten Bindungsperson begleitet werden kann. Auf Initiative der Regierungsfractionen von SPD und Grünen wird die Eingewöhnungszeit von Kita-Kindern auf bis zu sechs Wochen zu erhöht. Damit wird unseren Kindern nach zwei Jahren Corona-Pandemie und weniger sozialen Kontakten mehr Zeit gegeben, eine tragfähige Beziehung zum Erziehungspersonal aufbauen zu können.

Denn durch die Corona-Pandemie hat sich die Situation vieler Eltern mit Kindern in den ersten Lebensmonaten stark verändert. Oftmals konnten Familien keine Angebote wie zum Beispiel Spielgruppen wahrnehmen. Dadurch fehlt jungen Eltern oft der Austausch mit anderen Eltern und den Kindern der Kontakt zu gleichaltrigen Kindern. Das kann dazu führen, dass sich der Ablösungsprozess während der Eingewöhnungsphase für Eltern und Kinder schwieriger gestaltet und Un-



sicherheiten mit sich bringt. Dieser Ablösungsprozess soll mit der längeren Eingewöhnungszeit behutsamer und kleinkindgerechter gestaltet werden können.

Bisher ist nach dem Hamburger Kitagut-scheinsystem für die Eingewöhnungsphase ein Monat vorgesehen, was grundsätzlich auch als angemessener Zeitraum angesehen werden kann. Die Regierungsfractionen von SPD und Grünen

wollen durch eine bis zum 31.03.2023 befristete Verlängerung der Eingewöhnungszeit, von einem Monat auf sechs Wochen, erreichen, dass nach der Corona-Pandemie die Eingewöhnungsphase in der Kita mit mehr Zeit, Ruhe und Aufmerksamkeit gestaltet werden kann.

Impressum und Kontakt:

Angaben gem. § 5 TMG und verantwortlich für den Inhalt nach § 55 (2) RSIV: Lars Pochnicht MdHB
Kontaktinformationen: Wahlkreisbüro Bramfeld, Bramfelder Chaussee 312, 22177 Hamburg, Tel. 040 63 91 76 80, E-Mail: buero@pochnicht.de
Die Datenschutzerklärung finden Sie auf meiner Internetseite www.pochnicht.de. Sollten Sie aus irgendeinem Grund den Datenschutz-Re